

Stand: 27.06.2026 00:11:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1583

"Keine Enteignung von Wohneigentum"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1583 vom 09.04.2019
2. Beschluss des Plenums 18/1633 vom 10.04.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 10.04.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und Fraktion **(AfD)**

Keine Enteignung von Wohneigentum

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich klar gegen Enteignungen von Wohneigentum als Maßnahme zur Entschärfung der Situation des Wohnungsmarktes auszusprechen;
2. auf eine Vereinfachung des bayerischen Baurechts hinzuwirken, um die Kosten für den Bau und Erhalt von Immobilien wirksam zu senken;
3. Konzepte zur Beschleunigung der Bearbeitung von Baugenehmigungen auszuarbeiten.

Begründung:

Die in Berlin momentan angestrebten Enteignungen der Besitzer von Wohneigentum stellen keine geeignete Maßnahme zur Schaffung neuen Wohnraums und einer daraus folgenden Entschärfung des Wohnungsmarktes dar.

Das Gegenteil wird der Fall sein: Dadurch, dass über potenziellen Investoren immer das Damoklesschwert der Enteignung schwebt, sinkt die Bereitschaft in Neubauprojekten zu investieren, sodass letztendlich weniger gebaut werden wird.

Durch die Umverteilung des Eigentums wird nicht eine einzige, neue Immobilie geschaffen.

Daher sind diese Überlegungen für Bayern und die Staatsregierung von vornherein auszuschließen und sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, die die Schaffung von neuem Wohnraum sinnvoll unterstützen. Hierzu gehören zum Beispiel eine Lockerung der Energieeinsparverordnung (EnEV), eine beschleunigte Bearbeitung von Bauanträgen und eine aktive Unterstützung von Verdichtungsvorhaben.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/1583

Keine Enteignung von Wohneigentum

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Martin Hagen

Abg. Sebastian Körber

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Andreas Krahl

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Josef Schmid

Abg. Florian von Brunn

Staatsminister Dr. Hans Reichhart

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)

Keine Enteignung von Wohneigentum (Drs. 18/1583)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)

(Wohn-)Eigentum vor Enteignung schützen - Streichung des Artikels 15 Grundgesetz (Drs. 18/1589)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezahlbaren Wohnraum schaffen und langfristig halten (Drs. 18/1596)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

Mehr Wohnungen statt Enteignung (Drs. 18/1597)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Dr. Ralph Müller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrte Damen und Herren, geschätzte Gäste hier im Maximilianeum!

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die AfD als freiheitliche und marktwirtschaftliche Kraft

(Zuruf von der CSU: Weder noch!)

lehnt Enteignungen als Folterinstrumente der Wohnungspolitik selbstverständlich entschieden ab.

(Beifall bei der AfD)

Der Ungeist der Enteignung schwebt durchs Land. Keine 30 Jahre nach dem Untergang des ersten real nicht existenzfähigen sozialistischen Staates auf deutschem Boden schickt sich eine neu zusammengescharte Nomenklatura von sozialistischen Gesinnungstätern wieder an, schrittweise Privat- in Volkseigentum zu überführen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN – Zuruf: Das mit den Gesinnungstätern haben wir schon einmal gehabt!)

Ihr Völker der Welt, schaut auf dieses Land.

(Lachen bei den GRÜNEN – Unruhe bei der SPD)

Es beginnt in Berlin, und es beginnt mit der Enteignung von Wohneigentum, und es beginnt mit den Parteien der LINKEN, der GRÜNEN und der SPD. Zwei dieser drei sind auch in diesem Hohen Haus anwesend und zeigen immer weniger Scheu, ihre marxistische Mottenkiste

(Lachen bei den GRÜNEN)

wieder zu öffnen.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

– Ihr kommt schon auch dran!

(Lachen bei der CSU und der FDP)

Wegbereiter dieser Entwicklung sind aber auch die angeblichen Erben Ludwig Erhards aus den Fraktionen der christlich-sozialistischen Union – heutzutage –,

(Lachen)

der FDP und der "Unfreien Wähler", die schon so korrumpiert sind.

(Unruhe)

Sie haben den Stein ins Rollen gebracht mit ihrem jahrzehntelangen ausgelebten Desinteresse am sozialen Wohnungsbau,

(Unruhe und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

mit Ihrer Weigerung, es jungen Familien zu erleichtern, sich ähnlich den Familien in südeuropäischen Ländern eigenes Immobilieneigentum auch zur Altersvorsorge aufbauen zu können. Das sind nämlich die Fakten.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Der gehört ins Fernsehen!)

Sie alle haben an den Stellschrauben gedreht, die den Wohnungsbau nach und nach verteuert haben – hören Sie einmal auf diejenigen, die die Wohnungen bauen –, im Zuge des EnEV-Novellierungswahnsinns, der aus Wohnraum hoch dichte und hoch isolierte Alkoven gemacht hat. Den Wohnraum können sich immer weniger leisten, weil immer noch mehr Dämmschichten draufgepackt werden müssen und immer noch mehr technische Anlagen eingebaut werden müssen, um die letzten Promille an scheinbarer Energie

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– ich weiß, wovon ich rede, Sie nicht, Herr Reiß –

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der FDP: Der war gut!)

herauszuquetschen.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Durch die von Ihnen mitgetragene illegale Staatsfinanzierung

(Zurufe von der CSU)

– da wird es Ihnen warm, gell? – mittels EZB-Nullzinspolitik haben Sie am anderen Ende der Skala möglicherweise

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

möglichen Investoren in den Wohnungsbau geholfen, dass Immobilien eben zu reinen Spekulationsobjekten wurden. Nun stehen Sie da und glauben, Privatbesitz an Immobilien sei des Teufels. Das ist ein geistiger Kurzschluss. Nein, der Teufel sitzt eben nicht in den Wohnungsbaugesellschaften.

(Tobias Reiß (CSU): Der steht am Rednerpult! – Heiterkeit)

Auch der Besitzer von Wohnungen oder Häusern, die er sich erarbeitet hat, ist nicht der Beelzebub. Jener zeigt sich nämlich nicht offen, sondern versteckt sich geschickt hinter Ihren so wohlütig daherkommenden, scheinbar so fürsorglichen totalitären Eingriffen in die freien Märkte.

Was wollen Sie denn mit den Enteignungen erreichen? Mehr Wohnraum entsteht dadurch nicht. Die Verteilung von bestehendem Wohnraum an Interessenten regelt der Staat ebenfalls weder effizienter noch gerechter.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Dr. Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Mehring?

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ja, der kann dann schon. Jetzt mache erst mal ich hier fertig.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie wollen ein neues Bürokratiemonster schaffen, das sich mit Aufgaben beschäftigt, die ein freier Markt en passant am besten erledigt. So ist nämlich unser Land groß geworden, und so prosperiert es noch, aber Sie arbeiten daran, das zu zerstören.

(Tobias Reiß (CSU): Das machen schon Sie!)

Bedürftigkeitsanalyse, Bestandsaufnahme, Verteilung und Zuweisung von Wohnraum, nebenbei noch Datenerhebung über einen immer gläserner werdenden Menschen zum Abgleichen – wissen Sie, was das schafft? – Das schafft unproduktive Arbeitsplätze. Schauen Sie nach Frankreich! Nur noch Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Das schafft Arbeitsplätze für Amtsschimmeldompteure und trägt weiter zum Ausbluten einer produktiven Volkswirtschaft bei. Wo nichts produziert wird und Überregulierung und Überverwaltung Fuß fassen, sind Steuereinnahmen einerseits und Rentenzahlungen andererseits noch unsicherer, als sie es jetzt schon sind. Ihr sozialistischer Überwachungsstaat, den Sie uns implementieren, legt sich das Mäntelchen des Allfürsorgers um und kommt auf leisen Sohlen, aber er kommt. Dass Ihnen allen Ihr Kompass für redliches Handeln diesbezüglich abhandengekommen ist

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Sie kriegen es gleich wieder –, steht für mich schon länger fest. Das Beispiel "Staatliche Behandlung des Themas Wohnraum" zeigt dies ganz gut. Sie wissen im Grunde nicht, wie Sie den neuerlichen Spagat hinbekommen sollen einerseits zwischen den angenehm hohen Steuereinnahmen dank Mietpreisexplosion und andererseits der Bereitstellung günstigen und ausreichenden Wohnraums, um den Wähler zufriedenzustellen. Gell, peinlich, nicht?

(Zurufe: Ja!)

Sie mit Ihren Enteignungsphantasien und sinkenden Prozentzahlen bei jeder Wahl: Ich gönne Ihnen alle Ihre Qualen. Die Quadratur des Kreises schaffen Sie nicht.

Wir von der AfD werden uns als Menschen mit Lebens- und Berufserfahrung weiter für praktikable Lösungen einsetzen. Kommen diese von Ihnen auf den Tisch, werden wir mitarbeiten und zustimmen. Wenn Sie Hilfe brauchen, fragen Sie einfach uns. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Dr. Mehring für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Bitte, Herr Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Dr. Müller, ich störe nur ungern Ihre Büttreden.

(Heiterkeit bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen durchaus eine substantielle ideengeschichtliche Einordnung der politischen Arbeit der Fraktionen dieses Hohen Hauses vorgenommen. Das veranlasst mich jetzt zu einer Nachfrage. Sie hatten die Oppositionsfraktionen politisch als in der Denktradition des Sozialismus und des Marxismus verwurzelt eingeordnet. Sie hatten anschließend die Regierungsfraktionen einschließlich der FDP-Fraktion – damit könnte ich sehr gut leben – dem Erbe Ludwig Erhards zugeordnet. Sie haben dann allerdings im Rahmen dieser ideengeschichtlichen Einordnung vor Ihrer Fraktion Halt gemacht.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ja, wir sind – –

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hätten Sie die Güte, gegenüber dem Hohen Haus und gegenüber der geneigten Öffentlichkeit einzuordnen, an welche politische Tradition Sie mit dem Stil, mit dem wir Sie hier erleben, und mit der Rhetorik, mit der Sie hier auftreten,

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ja?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): anschließen möchten?

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das kann ich Ihnen genau sagen, Herr Mehring. Sie sind doch angeblich Politikwissenschaftler. Vielleicht haben Sie Ihr Fach gar nicht so genau studiert.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir machen Politik in der Tradition großer konservativer, bürgerlicher, rechtsstaatlicher Demokraten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Zum Beispiel? Jetzt bin ich gespannt!)

– Ja, ich kann Ihnen eine Reihe von Namen nennen. Der letzte, den Sie zum Beispiel hier in diesem Hohen Haus hatten – leider ist er 1988 verstorben – war ein Franz Josef Strauß.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Der würde sich im Grab umdrehen, wenn er euch hören würde! Ich glaube, Sie dürften das gar nicht mehr verwenden!)

Wenn wir zurückgehen, sind es die großen Demokraten des Parlamentarischen Rates wie Dr. Konrad Adenauer und auch namhafte Sozialdemokraten, die diesen Staat mit

aufgebaut haben. Aber die hätten eine ganz andere, eine patriotische, verantwortungsvolle Politik für dieses Land und für Deutschland gemacht, und das unterscheidet sie grundsätzlich von Ihnen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Jetzt reicht es aber! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die drehen sich im Grab um! Alle Genannten!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegt eine weitere Zwischenbemerkung vor. Dafür erteile ich dem Abgeordneten Martin Hagen für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich habe das Wort dem Abgeordneten Hagen erteilt.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Die Boygroup!

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege, Sie lassen mich jetzt ein bisschen ratlos zurück. Sie haben hier zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode und zum ersten Mal in der Geschichte der AfD in diesem Parlament einen Antrag gestellt, der tatsächlich sinnvoll war. Nach Ihrer Rede muss ich jetzt davon ausgehen, dass es sich um einen Satireantrag handelt. Die FDP wäre bereit gewesen, diesem Antrag zuzustimmen. Nach Ihrer Wortmeldung können wir nicht anders, als diese Zustimmung nicht mehr zu leisten. Insofern Glückwunsch: Sie haben es verbockt. Sie hätten es das erste Mal geschafft, dass man einem Ihrer Anträge zustimmt. Leider ist das nach dieser Rede nicht mehr möglich.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Hagen, kommen Sie jetzt doch nicht mit Ihrer Boygroup-Rhetorik!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Sie lassen bitte zunächst den Herrn Hagen aussprechen.

Martin Hagen (FDP): Bei dieser Rede können wir leider nicht davon ausgehen, dass Ihr Antrag ernst gemeint ist.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Jetzt erteile ich Ihnen wieder das Wort, Herr Dr. Müller.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Der Antrag ist absolut ernst gemeint

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann hätte man aber auch so reden müssen!)

und dient dem Wohle der Bürger Bayerns und Deutschlands, weil wir dabei sind, eine große Problematik am Wohnungsmarkt und insofern eine gesellschaftliche Problematik zu lösen. Herr Hagen, wenn Sie Probleme haben, wenn eine Rede oder die Debatte ein bisschen im angelsächsischen Demokratiestil leidenschaftlich und pointiert geführt wird, dann machen Sie Ihre Veranstaltung halt in anderem Kreise. Aber hier wird leidenschaftlich um das Wohl der bayerischen Bürger gerungen. Das werden Sie mir nicht absprechen. Wir werden uns ja noch einige Male begegnen.

(Martin Hagen (FDP): Sie haben es verbockt! Mehr Glück nächstes Mal!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Dr. Müller. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Sebastian Körber für die FDP-Fraktion das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Wir fangen besser mal mit einem Zitat an:

Der Markt soll dem Gemeinwohl dienen. Das tut der Wohnungsmarkt aber nicht mehr. Der Markt versagt. Die enormen Spekulationsgewinne der letzten Jahrzehnte finden keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr, und eine Politik, die nicht wirksam gegen die Wohnungsnot vorgeht, auch nicht. Die Politik muss eingreifen und die öffentliche Hand wieder stärker selbst Wohnraum besitzen, damit das Recht auf Wohnen eingelöst werden kann.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Zitat stammt von keinem AfD-Politiker, auch nicht von Karl Marx und auch nicht von Sahra Wagenknecht, sondern von dem eben zitierten Herrn Robert Habeck. Wenn wir uns das vor Augen führen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist das schlicht und ergreifend ein Instrumentarium des Sozialismus, das hier angewendet werden soll. Das ist Enteignung, und das ist schlicht abzulehnen. Das ist ein Dambruch in der Positionierung der Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der AfD – Zuruf von den GRÜNEN: Freier Wohnungsbau!)

Herr Staatsminister Füracker ist jetzt leider nicht mehr anwesend. Seine Frage hätte er sehr einfach mit Ja beantworten können, wenn sich die CSU hier immer hinstellt und sagt: In Bayern wollen wir nichts davon wissen, dass wir in Berlin der Mietpreisbremse und dem Mietrechtsanpassungsgesetz zustimmen. – Das ist schlicht und ergreifend falsch. Dort sind Sie in der Regierungsverantwortung. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, und hören Sie mit diesen elendiglichen Spielchen auf. Dass Sie hier anders reden, als Sie in Berlin regieren, hilft dem Wohnungsmarkt und den Menschen nicht weiter. Wir Freie Demokraten sprechen uns vehement gegen die Vergesellschaftung und Enteignung von Eigentum aus. Der Mietwahnsinn lässt sich eben nicht mit solchen planwirtschaftlichen Instrumenten lösen, wie es hier angedacht ist, sondern nur mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen.

(Horst Arnold (SPD): So einfach, ja?)

Deshalb fordern wir die Streichung des Artikels 15 im Grundgesetz. Warum tun wir das? – So einfach geht das, denn die Anwendung würde schlicht und ergreifend gravierende Eingriffe in eine soziale Marktwirtschaft bedeuten. Wir können auch einfach darauf verweisen, dass der Staat der schlechtere Unternehmer ist. Der Finanzminister ist nicht da, und auch der Bauminister – –. Doch, der ist da. Das zeigt sich, wenn wir

uns so manches öffentliche Bauvorhaben anschauen und sehen, wie dort die Kosten davongaloppieren, auch bei uns hier in Bayern. Das wird sicher noch Gegenstand der Debatte hier im Hohen Hause werden. Der Oberste Rechnungshof hat uns schon die ersten Beispiele genannt. Da werden wir dann noch weiter den Finger in die Wunde legen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Schlimmere ist aber, wenn Sie diesen Dambruch hier erst einmal ermöglicht haben, dann gehen Sie nicht nur gegen das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger vor, sondern auch gegen das der Aktionäre einer Wohnungsbaugesellschaft. Der zweite Schritt wäre dann, dass man das auf das kleine Mehrfamilienhaus von Bürgerinnen und Bürgern ausweitet. Wir stellen uns hier klar dagegen. Wir müssen die Ursachen bekämpfen, anstatt nur an den Symptomen im Wohnungsbau herumzudoktern. Nur so bekommen wir günstigere Mieten. Wir müssen das Angebot erhöhen, wir müssen günstiger bauen, und wir müssen schneller bauen. Ich empfehle deshalb Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Körber. – Nächster Redner ist Herr Kollege Mistol vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor fünf-einhalb Jahren hier als wohnungspolitischer Sprecher im Landtag angefangen habe, war die erste Lektion, dass mir klar wurde: In der Wohnungspolitik gibt es keine einfachen Lösungen. Es gibt schon deshalb keine einfachen Lösungen, weil die Problemlagen sogar in Bayern schon ganz unterschiedlich sind. Der Instrumentenkasten muss für alle Regionen in Bayern etwas vorhalten, sowohl für einen Ballungsraum wie München als auch für einen Landkreis wie Tirschenreuth. Man braucht also ganz unterschiedliche Instrumente, um die Probleme in der Wohnungspolitik bewältigen zu können. Wer glaubt, mit Enteignungen löse man Probleme des Wohnungsmarktes, der ist

genauso auf dem Holzweg wie die, Herr Kollege Körber, die meinen, der Markt regelt es schon und Selbstverpflichtungen der Wirtschaft seien vollkommen ausreichend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade weil das Dach über dem Kopf ein knappes und wertvolles Gut ist, darf es nicht den Kräften des Marktes überlassen werden. In der Debatte darf es auch nicht nur darum gehen, dass wir versuchen, die hohen Gestehungskosten bei den Wohnungen herunterzufahren, damit Investoren günstiger bauen können. Nein, Wohnen ist ein Grundrecht. Uns GRÜNE treibt an, dass sich immer mehr Menschen keine bezahlbare Wohnung mehr leisten können. Wir fühlen uns Artikel 106 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung verpflichtet, der lautet: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung."

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt für uns GRÜNE: So viel bauen wie nötig, Verdrängung stoppen, Grundstücksspekulationen beenden und bezahlbaren Wohnraum dauerhaft erhalten. Dafür haben wir Ihnen heute ein ganzes Maßnahmenbündel vorgelegt, das es umzusetzen gilt. Lassen Sie mich auf einige Punkte eingehen. Allem voran müssen wir dem sozialen Wohnungsbau endlich Vorfahrt einräumen. Das heißt, der Schwerpunkt muss dauerhaft auf dem Mietwohnungsbau liegen. Außerdem brauchen wir Maßnahmen, um Wohnraum wirklich langfristig in der Bindung zu halten, und im Rahmen der Wohnraumförderung muss insbesondere das genossenschaftliche Wohnen deutlich gestärkt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt: Bauland ist knapp und teuer. Deshalb sollten Grundstücke der öffentlichen Hand auf allen Ebenen verbilligt für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Das gilt gerade auch für die Grundstücke des Freistaates Bayern. Das passiert aber noch nicht; auch diese Grundstücke werden in der

Regel zum Höchstpreis vergeben. Da hätte man es selbst in der Hand, einmal ein Zeichen zu setzen und für günstigere Grundstückspreise zu sorgen. Auch Spekulationen mit baureifen Grundstücken kann man unterbinden, wenn man wirklich will, auch die Steuervermeidung durch Share Deals. Zu den explodierenden Baulandpreisen findet sich in dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLERN und der CSU leider keine Silbe. Deshalb kann man diesem Antrag nicht zustimmen. Er geht einfach nicht weit genug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, was die Anträge von AfD und FDP angeht, so werden wir beide ablehnen. Zur AfD möchte ich gar nicht viele Worte verlieren. Vorschläge zur wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot kann ich zumindest in diesem Antrag nicht erkennen.

Die Reaktion der FDP, Artikel 15 aus dem Grundgesetz streichen zu wollen, halten wir GRÜNEN für eine überzogene Reaktion. Herr Kollege Körber, Sie haben vom Dambruch gesprochen und von einer Diskursverschiebung, was Robert Habeck, der heute viel Zitierte, gemacht hätte. Wenn Sie jetzt fordern, Artikel 15 aus dem Grundgesetz zu streichen, dann ist das ein Dambruch, eine Diskursverschiebung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir stimmen deshalb dagegen. Wenn Ihnen das Volksbegehren in Berlin nicht schmeckt und Sie deshalb gleich eine solch drastische Maßnahme fordern, dann ist das Ihre Sache. Artikel 15 ist nicht mein Lieblingsartikel im Grundgesetz, aber er steht für eine gewisse Offenheit unserer Wirtschaftsordnung. Er ist nicht unwichtig, denn er gewährt auf jeden Fall den Primat der Politik. Den sollten wir uns nicht selbst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An den Grundfesten unserer Verfassung sollten wir nicht reflexhaft rütteln.

Kolleginnen und Kollegen, abschließend: Eigentum ist ein wertvolles Grundrecht. Eigentum verpflichtet aber gleichermaßen. Darüber sollten wir uns einig sein. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Mistol. – Nächster Redner ist Herr Vizepräsident Alexander Hold für die FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Meine Damen und Herren! Nach allem, was wir heute gehört haben, ist es gar nicht so einfach, hier noch Ihre Aufmerksamkeit zu bekommen. Ich versuche es einmal mit einer kleinen vorösterlichen Rechenaufgabe: Zehn Kinder haben jeweils eine Porzellanschüssel, in der jeweils zehn Eier Platz haben. Es gibt 150 Eier. Wie haben alle Eier in den Schüsseln Platz? – Ich denke, ein Zweitklässler würde sagen: Ich brauche mehr Schüsseln. Ihr Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Anton Hofreiter, hat aber in aller Aufgeregtheit eine ganz andere Lösung parat. Er sagt: Ich nehme allen anderen Kindern die Schüsseln weg, dann sind alle Schüsseln meine, und dann lege ich alle Eier in die Schüsseln. Da lachen natürlich alle anderen Kinder, denn selbst ein Zweitklässler weiß, dass zehn Schüsseln zehn Schüsseln bleiben, selbst wenn sie dem Staat gehören. Außerdem weiß jedes Kind, die Aufgabe lässt sich nur auf eine Art und Weise lösen: Man sorgt für mehr Schüsseln. – Genauso ist es mit den Wohnungen. Allein mehr Wohnungen lösen das Problem, und es löst das Problem nicht, wenn man die Wohnungen wie die Schüsseln in andere Hände wandern lässt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Mistol, ich nehme sehr dankbar zur Kenntnis, dass Sie sagen, Artikel 15 des Grundgesetzes ist nicht Ihr Lieblingsartikel. Er ist aber offensichtlich der Lieblingsartikel von Herrn Hofreiter. Der Vorschlag lässt schon sehr, sehr tief blicken. Sie wollen nach außen zwar schon die Partei sein, die Besserverdienenden das gute Gefühl gibt, trotz SUV und Urlaubsflug mit einem Kreuz an der richtigen Stelle des Wahlzettels ein

guter Mensch zu sein, aber im tiefen Inneren treibt Sie weiterhin das tiefe Misstrauen gegen jede Eigenverantwortung um. Insgeheim träumen Sie nach wie vor davon, dass Ihre verstaubten sozialistischen Fantasien durch aufgewärmte Neiddebatten wieder aktuell werden könnten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Leider ist die real existierende Wohnungsnot aber nicht geeignet und zu ernst für solche Spielchen. Trotzdem wollen Sie aber nicht für mehr Schlüssel oder mehr Wohnungen sorgen, sondern Sie wollen im wahrsten Sinne des Wortes Porzellan zerschlagen. Nichts anderes tut nämlich dieser verstaubte sozialistische Vorschlag, als in großem Stil Wohnungen zu enteignen und zu sozialisieren. Wer so unverantwortlich agiert, der bewirkt durch die bloße Ankündigung, dass potenzielle Investoren es sich dreimal überlegen werden, in Wohnungseigentum zu investieren, aus Angst davor, dass sie die Nächsten sind, die enteignet werden. Wir sprechen hier nicht nur von Konzernen, am Ende sprechen wir hier auch von kleinen Bürgern, von den Häuslebauern, die sich kaum mehr trauen werden, eine Wohnung als zusätzliche Altersversorgung zu erwerben und sie dann zu vermieten. Sie fallen dann als wichtige Stabilisatoren im Wohnungsmarkt aus. Der Vorschlag, Wohnungsbestände zu enteignen, sorgt nicht für mehr Wohnungen, sondern für mehr Wohnungsnot und sonst für gar nichts. Der Schildbürgerstreich geht aber noch weiter: Selbst der Herr Hofreiter weiß, dass Enteignungen nur mit Entschädigungszahlungen möglich sind.

(Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN – Katharina Schulze (GRÜNE): Ha-beck!)

Das heißt, Wohnungen, die vor einigen Jahren in großen Paketen relativ günstig von staatlicher oder kommunaler Seite an Wohnungskonzerne veräußert wurden, sollen jetzt gegen Entschädigungen, die nach dem Anstieg der Preise und Immobilienwerte natürlich deutlich höher liegen als die Verkaufspreise, in das Vermögen der öffentli-

chen Hand zurückkehren. Entschuldigung, tut mir leid, schlimmer kann man Steuergelder gar nicht verschwenden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Natürlich brauchen wir einen Strauß an Maßnahmen. Wir brauchen eine bessere Förderung des Wohnungsbaus. Wir brauchen Brandschutz mit Augenmaß. Wir brauchen vielleicht auch mehr Augenmaß beim Lärmschutz. Wir brauchen eine entrümpelte Bauordnung. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für das Bauen mit Holz, übrigens auch für den Mehrfamilienhausbau. Wir brauchen natürlich auch Anreize zur Aktivierung von Bauland. Aber was wir nicht brauchen: Populisten von links, denen die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes und unsere soziale Marktwirtschaft am Ende nichts wert sind, meine Damen und Herren. All das gilt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der FDP sowie Abgeordneten der CSU)

Die Verantwortung für soziale Marktwirtschaft finden Sie in unserem Dringlichkeitsantrag. Deswegen ist dem auch zuzustimmen.

Beim Dringlichkeitsantrag der AfD will ich gar nicht auf die Ernsthaftigkeit zu sprechen kommen. Es ist im Grunde sinnlos, wenn sich die Staatsregierung gegen Enteignungen ausspricht, die irgendwo anders ventiliert werden. Wichtig ist, dass der Landtag als Souverän klarmacht, dass Enteignungen und Sozialisierung keine wirksamen Mittel zur Entspannung der Wohnungssituation sind.

Der Antrag der FDP, der auf die Streichung von Artikel 15 des Grundgesetzes zielt, geht leider zu weit. Aus gutem Grund gibt es so hohe Hürden für seine Anwendung, dass wir ihn 50 Jahre lang nicht gebraucht haben bzw. er nicht zur Anwendung kam. Aber ich glaube, seine bloße Existenz hat Auswüchse verhindert, die seine Anwendung am Ende notwendig machen würden.

Liebe GRÜNE, mit Ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag zeigen Sie schlicht und einfach – es tut mir leid –, dass Sie Kreide gefressen haben. Das ist der durchsichtige Versuch, dem Wolf Hofreiter ein Rotkäppchen aufzusetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Andreas Krahl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Andreas Krahl (GRÜNE): Verehrter Kollege Hold, Sie haben eindrücklich unseren Bundesvorsitzenden, Herrn Habeck, nicht "Hofreiter", zitiert und haben seine Ideen als neue sozialistische Spinnereien abgetan. Ich möchte Sie bitten, dass Sie jetzt Stellung beziehen, und zwar nicht zu dem, was Ihrer Aussage nach sozialistische Spinnereien von uns sind, sondern zu der aktuell gültigen Bayerischen Verfassung. Die Bayerische Verfassung regelt nämlich in Artikel 160 Absatz 2 – ich zitiere –:

¹Für die Allgemeinheit lebenswichtige Produktionsmittel, Großbanken und Versicherungsunternehmen können in Gemeineigentum übergeführt werden, wenn die Rücksicht auf die Gesamtheit es erfordert. ²Die Überführung erfolgt auf gesetzlicher Grundlage und gegen angemessene Entschädigung.

Ich möchte Sie bitten, dass Sie dazu Stellung beziehen, ob es sich bei unserer Bayerischen Verfassung um eine sozialistische Spinnerei handelt.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Zunächst einmal habe ich sicherlich nicht "Ihr Vorsitzender Hofreiter" gesagt; ich habe schon "Ihr Fraktionsvorsitzender Hofreiter" gesagt, oder? Das nehme ich mal an.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Falsch!)

– Sonst habe ich mich versprochen, Entschuldigung.

Natürlich weiß ich, was in Artikel 160 der Bayerischen Verfassung steht. Sein Inhalt kommt sogar in weiten Teilen in Artikel 15 des Grundgesetzes vor. Er hat natürlich genauso seine Berechtigung. Wenn Sie mir zugehört haben, wissen Sie, dass ich gesagt habe: Der Artikel 15 des Grundgesetzes hat sehr wohl eine Berechtigung. Er hat sogar eine ganz wichtige Berechtigung. Aber dass wir ihn bisher nicht gebraucht haben, spricht ja gerade dafür, dass wir eine funktionierende soziale Marktwirtschaft haben. Hätten wir ihn nicht, sähe ich die Gefahr, dass es Auswüchse gäbe. Ich glaube, seine alleinige Existenz hat Auswüchse verhindert. Das gilt für den Artikel 160 der Bayerischen Verfassung genauso, in dem übrigens Wohnungsbaugrundstücke explizit nicht erwähnt sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Hold. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt spricht die Sozialistin. Ich kann Ihnen erstens nur sagen: Wir führen hier eine dermaßen aufgesetzte und hysterische Debatte, nur weil ein Grüner am Wochenende glaubte, er muss irgendeine Schlagzeile raushauen, ohne auch nur einen Ansatz einer Lösung der Wohnungsnot aufzuzeigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Dort, wo dieser Grüne etwas zu sagen hätte, schafft er die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze ab. Liebe GRÜNE, das ist echte Hybris von eurem Vorsitzenden!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CSU und der FDP)

Fakt ist: Enteignungen sind das äußerste Mittel des Staates zur Sicherung des Gemeinwohls, und Vergesellschaftungen dienen der Gesellschaft und nichts anderem. Enteignungen sind durch das Grundgesetz gedeckt. Das ist kein Sozialismus, sondern unsere Verfassung. Ehrlich gesagt: Eine heute bekannt gewordene Studie hat gezeigt, neun von zehn Deutschen finden, dass wir mit unserer Verfassung sehr, sehr gut fahren. Ehrlicherweise können wir dem doch wohl zustimmen.

Zur FDP kann ich nur sagen: Finger weg vom Grundgesetz! Leichtfertig geht man damit nicht um. Echt nur in diesem Fall sage ich zu euch: Lasst mal Profis ran, wenn es um sozialen Wohnungsbau geht!

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU)

Dann kann ich euch noch was sagen.

(Zuruf)

– Zur AfD habe ich nichts zu sagen, echt. Intellektueller Kurzschluss, ehrlich.

Ich sage euch noch was, liebe GRÜNE: Der Antrag, den ihr im Bayerischen Landtag gestellt habt, ist vernünftig. Unsere Bitte ist, dass ihr beim sechsten Punkt schreibt, dass die Staatsregierung sich dafür einsetzen soll, dass das Baukindergeld nach 2020 ausläuft. Der Rest ist gut. Aber bremst doch mal euren Vorsitzenden ein! Das kann doch keiner mehr hören, Leute.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Kohnen.

– Der nächste Wortbeitrag kommt von Herrn Kollegen Josef Schmid von der CSU-Fraktion.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind klar gegen jede Vergemeinschaftung, klar gegen jede Sozialisierung,

gegen flächendeckende Enteignung. Wir sind aber für Wohnungsbau, für Wohnungsbauförderung, für die Beschleunigung von Wohnungsbau und für Entbürokratisierung im Wohnungsbau.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen von der FDP, Artikel 15 des Grundgesetzes abzuschaffen, halten wir derzeit noch nicht für nötig. Nur so als Aperçu: Die FDP hat beim Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee auch nicht gegen Artikel 15 gestimmt,

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

sondern war nur dafür, dass die Kompetenz auf den Bund beschränkt wird.

Meine Dame und meine Herren Kollegen von der AfD, Ihr Antrag ist überflüssig, weil er eine Wiederholung dessen darstellt, was die CSU seit Jahren macht und was die CSU betreibt. Das ist zwar nett, aber dem muss man nicht zustimmen, weil wir es sowieso tun.

(Beifall bei der CSU)

Es ist bereits gesagt worden: Eine Enteignung privater Wohnungsbaugesellschaften mit über 3.000 Wohnungen ist Sozialismus. Das sind Rezepte, die in eine ganz andere Zeit gehört haben und auch da nicht funktioniert haben. Deswegen lehnen wir sie ab, meine Damen und Herren. Was sollen sie auch bringen?

Schauen wir doch mal nach Berlin. Sie können heute in den Zeitungen lesen, dass die dort im Mittelpunkt stehende Deutsche Wohnen einen Durchschnittsmietpreis von 6,62 Euro pro Quadratmeter anbietet. Wenn Sie sich über die nächste private Wohnungsbaugesellschaft Vonovia informieren, sehen Sie, dass der durchschnittliche Preis der Mieten von Vonovia in Deutschland bei 8,19 Euro liegt. Die Vonovia plant, in Berlin 9.000 Wohnungen mit einem Mietpreis von 6,50 Euro pro Quadratmeter zu bauen. Der entsprechende Durchschnitt liegt in Berlin bei 12,29 Euro. Die Privaten, die angeblich des Teufels sein sollen, bieten also Wohnungen günstiger an, als es dem Durchschnitt in Berlin entspricht, und zwar viel günstiger. Selbst die Deutsche

Wohnen plant dort den Bau von Wohnungen mit einem Mietpreis von 9,00 Euro je Quadratmeter.

Was München angeht, können Sie heute lesen, dass dort zwei Drittel des Wohnungsbestands von Mitgliedern von Haus & Grund gehalten werden. Das sind die kleinen Vermieter, die Vermieter, die weit weniger als 3.000 Wohnungen haben und diesen Wert nicht einmal annähernd erreichen. Das sind zwei Drittel des Wohnungsbestandes in München.

Meine Damen und Herren, eine Enteignung kostet Milliarden. Für Berlin werden die Kosten allein bei einer Enteignung der Deutschen Wohnen auf 30 Milliarden Euro geschätzt. Sie bringt keine einzige neue Wohnung. Deswegen lehnen wir Enteignungen ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der FDP)

Jetzt möchte ich die Frage beleuchten, wer eigentlich dafür ist. Der Herr Habeck ist schon zitiert worden. Ich kann Ihnen ersparen, das zu wiederholen. Wobei, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir eigentlich dem Herrn Habeck sehr dankbar sein müssten. Die GRÜNEN gerieren sich als neue bürgerliche Partei der Mitte, als *die* bürgerliche Partei der Mitte.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das Grundgesetz ist doch bürgerlich!)

– Es ist doch wunderbar, Herr Hartmann, dass der Herr Habeck jetzt einmal sagt, wie er es damit hält. Damit wird nämlich einfach deutlich, dass er in die sozialistische Motenkiste greifen möchte.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das Grundgesetz ist doch bürgerlich!)

Die GRÜNEN sind an der Stelle eine linke Partei, weit weg von der bürgerlichen Mitte. Es ist gut, dass das jetzt jeder weiß.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Der Wolf im Schafspelz!)

Jetzt könnte man sagen, das ist nur der Herr Habeck. Aber es gibt noch mehr GRÜNE. Die grüne OB-Kandidatin in München, Katrin Habenschaden, hat Herrn Habeck heute in der Presse verteidigt: Er hat es nicht so gemeint. Es geht um einen Spezialfall mit irgendwelchen freien Flächen. Frau Habenschaden selbst – Herr Hierneis weiß das, da er auch aus München kommt – ist dafür, dass wir in München eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach dem Baugesetzbuch durchziehen, an deren Ende ebenfalls flächendeckende Enteignungen stehen können.

(Diana Stachowitz (SPD): Das ist gelogen!)

Schauen Sie einmal zu Ihrem Kollegen Boris Palmer nach Tübingen. Ich weiß, dass Sie ihn in Ihrer eigenen Partei nicht mögen, weil er immer sehr klar und direkt ist und gar nicht erst versucht, etwas zu verschleiern. Er sagt auch, dass § 176 des Baugesetzbuchs – Baugebot – nichts anders als eine Enteignung sei. Ich stelle Ihnen die Frage: Wer soll zu Ihnen Vertrauen haben, wenn Sie sagen, dass alles nicht so schlimm wäre? – Nein, eine bürgerliche Partei der Mitte sind Sie nicht. Vor Ihnen ist zu warnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch die SPD schlägt eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen vor.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Florian von Brunn?

Josef Schmid (CSU): Nein, ich würde jetzt gerne die Rede zu Ende führen. – Ich bin gerade bei der SPD. Die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme – SEM – ist das Lieblingsthema des SPD-Unterbezirksvorstands in München. Das konnten wir alle in der Zeitung lesen. Oberbürgermeister Reiter wurde heftig kritisiert, weil er das in Feldmoching abgesagt hat. Ich sage es noch einmal: Das Instrument der Städtebaulichen

Entwicklungsmaßnahme sieht am Ende flächendeckende Enteignungen vor. Deswegen ist die CSU dagegen.

Meine Damen und Herren, die Jusos in München sind immerhin die Nachwuchsgeneration, die Sozialdemokraten von morgen. Die Jusos fordern mit offenem Visier die Anwendung des Artikels 15 des Grundgesetzes in München. Ich möchte da einmal fragen: Wie haltet ihr es mit der Religion? – Vertrauen haben wir zu Ihnen nicht. Was Sie sagen, ist Schönfärberei. In Wahrheit sind das sozialistische Ideen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was machen wir jetzt? – Wir führen den Wohnungspakt 2015 fort. Im Jahr 2018 sind 886 Millionen Euro für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung gestellt worden, im Jahr 2019 und 2020 werden es voraussichtlich 1,7 Milliarden Euro sein. Wir stellen den Wohnungsbauminister im Bund. In den Jahren von 2018 bis 2021 werden mindestens 5 Milliarden Euro bereitgestellt. Staatsminister Reichhart hat bereits vor Monaten den Reformprozess für die Bayerische Bauordnung in Gang gesetzt, um Kosten zu senken und Verfahren zu beschleunigen. Der Weg, den die CSU geht, ist richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Schmid, bitte kommen Sie noch einmal an das Mikrofon. Herr Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Schmid, heute haben wir bereits von Staatsminister Füracker gehört, dass er nichts von einer Reform des Mietspiegels und der Mietpreisbremse hält. Jetzt wundere ich mich sehr über Ihre Einlassungen. Sie wissen so gut wie wir, dass eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme dazu dient, Grundstückspreise einzufrieren, damit keine Explosion der Preise für landwirtschaftliche Flächen stattfindet, die dann von der Stadt beplant werden. In München besteht die Notwendigkeit, dies zu tun. Wollen Sie wirklich, dass leistungslose Gewinne in die

Taschen der Grundstückseigentümer fließen, ohne dass die Gemeinschaft, die für diese Gewinne verantwortlich ist, etwas davon hat? – Das ist doch absurd, was Sie behaupten.

(Beifall bei der SPD)

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr von Brunn, Sie malen ein Schreckgespenst an die Wand, das es spätestens seit dem Jahr 1993 nicht mehr gibt. Seit dem Jahr 1993 gibt es in München die Grundsätze zur sozialgerechten Bodennutzung. Das funktioniert so: Jeder Bauträger muss sich, bevor nur ein Mitarbeiter im Planungsreferat einen Strich für einen Bebauungsplan macht, dazu verpflichten, bis zu zwei Drittel seines planungsbedingten Gewinns an die Stadt zur Bereitstellung von Infrastruktur abzuführen. Wir wissen auch, dass dies nicht für den Bedarf an Infrastruktur reichen wird. An dieser Stelle hinkt München dank 24 Jahren rot-grüner Regierung hinterher. Deswegen ist in München längst die Rede von einer "SoBoN plus". Dort muss noch etwas mehr geleistet werden. Wenn Sie den landwirtschaftlichen Preis bei null einfrieren, kommt das einer Enteignung gleich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Schmid. – Herr Staatsminister Dr. Reichhart hat sich zu Wort gemeldet.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kollegen! Eigentlich wollte ich nach der humoristischen Einlage des Herrn Kollegen Müller nicht mehr viel ergänzen. Lassen Sie mich jedoch kurz zwei Punkte in Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Kollegen Schmid sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, es ist nett, dass Sie einen Antrag stellen. Es ist nett, dass Sie sich die Mühe gemacht haben, etwas zu Papier zu bringen. Leider vermisse ich dieses Engagement bei vielen anderen Punkten. In unserem Ausschuss

– Herr Kollege Körber wird es bestätigen – haben wir einen Prozess gestartet. Ich habe Sie alle eingeladen, sich in diesen Prozess einzubringen. Was könnte man konstruktiv an der Bauordnung und an vielen anderen Punkten verändern? – Gerade eben habe ich mir die Auswertung angesehen. Alle Fraktionen haben etwas eingereicht. Die GRÜNEN haben etwas eingeschickt, unsere Leute haben etwas eingeschickt, die FREIEN WÄHLER haben etwas eingeschickt. Leider fehlt eine Partei, nämlich die AfD – außer heißen Worten nichts gewesen. Liebe Kollegen von der AfD, lassen Sie uns doch einmal Sachpolitik machen. Ich weiß nicht, ob Sie das können, aber es wäre schön, wenn Sie sich konstruktiv einbringen würden und nicht nur fürs Schaufenster arbeiten. Wenn Sie einen wirklichen Gestaltungsanspruch haben, lade ich Sie dazu herzlich ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Schmid hat alles ausgeführt. Alle Parteien, die im Bayerischen Landtag und in Parlamenten der anderen Bundesländern vertreten sind, bitte ich um eines: Im Bundestag wurden für den Mietwohnungsbau Abschreibungsmöglichkeiten verabschiedet. Dort könnte wirklich ein Schub mit Sonderabschreibungen und vielem mehr entstehen. Leider haben dies die grün-regierten Länder im Bundesrat gestoppt. Wenn wir es ernst meinen und mehr Wohnungen und bezahlbaren Wohnraum wollen, sollten wir Blockadehaltungen aufgeben und entsprechend handeln. Wir sollten nicht aus Eigennutz oder Populismus etwas anhalten, das uns nicht passt. Wir sollten das große Ganze sehen und den angespannten Wohnungsmarkt entlasten. Das geht nur mit bauen, bauen und bauen.

Deshalb lade ich Sie ein, den Weg weiterhin gemeinsam zu gehen. Wir sollten dies miteinander und mit großen Teilen der Gesellschaft tun. Wir sollten nicht nach Enteignungen und Zwangsmaßnahmen rufen, sondern nach Anreizen und Möglichkeiten. Auf diese Weise verstehe ich Politik, eine Politik der Anreize, des Miteinanders und des Mitnehmens. Ich hoffe, das können wir gemeinsam machen. Ansonsten schließe ich mich den Ausführungen von Herrn Kollegen Schmid an.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, vielen Dank. – Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Dr. Müller von der AfD-Fraktion gemeldet.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Minister Reichhart, nur ganz kurz: Sie haben versucht, meine Ausführungen, die ich in einer Ausschusssitzung gemacht habe, herumzudrehen. Ich habe gesagt, wie der private bzw. der soziale Wohnungsbau, der genossenschaftliche Wohnungsbau und vieles weitere mehr beschleunigt, verbessert und zum Erfolg geführt werden könnten, sodass wir mehr bezahlbaren Wohnraum haben.

Sie sind jetzt Bauminister und haben viel Erfahrung. Deshalb habe ich eine private Frage an Sie: Wie viele Bauvorhaben – nicht als Minister – haben Sie insgesamt selbst schon beantragt und durchgeführt, im privaten oder gewerblichen Bereich? – Beantworten Sie bitte die Frage.

(Unruhe – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Was geht Sie das an?)

Das wäre interessant.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Müller. Ihre Redezeit ist zu Ende. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich baue gerade, und deshalb kenne ich das Verfahren. Ich befinde mich in der Planung und kenne die Handwerker. Ich bin gerade live dabei. Sie können gerne mit meiner Frau reden, der es gerade nicht schnell genug geht, was an mir liegt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich stecke gerade mitten in diesem Prozess. Ich glaube, das war eine sehr ehrliche Antwort.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1583 der AfD-Fraktion seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen!

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Gegen den Wohnungsbau!)

– FREIE WÄHLER, CSU, SPD, GRÜNE und der fraktionslose Abgeordnete Plen. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1589 – das ist der Antrag der FDP-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Matthias Fischbach (FDP): Namentlich!)

– Dazu ist namentliche Abstimmung beantragt worden? – Das ist vorhin nicht bekannt gegeben worden. Wenn Sie wollen, können Sie dazu jetzt noch namentliche Abstimmung beantragen. – Damit läuft die Zeit ab jetzt. Ich erlaube mir trotzdem, die anderen Dringlichkeitsanträge noch abzustimmen.

(Zurufe: Wir sind schon in der Abstimmung!)

– Geht nicht mehr? – Tut mir leid, Herr Kollege Fischbach, es wurde hier nicht angemeldet. Ich lasse deshalb in einfacher Form abstimmen.

Wir stimmen also über den FDP-Antrag 18/1589 ab. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-

Fraktion. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, FREIEN WÄHLER, CSU und AfD sowie des fraktionslosen Abgeordneten Plenk. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1596 – das ist der Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den muss ich jetzt noch auf etwas aufmerksam machen. Die GRÜNEN haben eine Änderung in ihrem Antrag vorgenommen, nämlich beim sechsten Spiegelstrich. Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das Baukindergeld "abzuschaffen". Stattdessen heißt es neu im Text, das Baukindergeld "nach 2020 auslaufen zu lassen". In dieser geänderten Fassung stimmen wir nun über den Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1597 – das ist der Antrag der Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – SPD und AfD. Enthaltungen! – Bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.